

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses
am Mittwoch, dem 28.05.2008, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:55 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	016/2008 5
2.	Integrationsplanung hier: Sachstandsbericht	029/2008 7
3.	Übernahme von Aufgaben der Versorgungsverwaltung aus dem Bereich Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX	018/2008 9
4.	Projekt Familie - Arbeit - Mittelstand im Münsterland (FAMM)	037/2008 11
5.	Landesimpfkampagne Masern 2007/2008: Erfahrungen und Ergebnisse in den Schulen im Kreis Warendorf	022/2008 13
6.	Förderung der Sucht- und Drogenberatung und der AIDS-Hilfe durch das Land NRW	036/2008 14
7.	Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten	017/2008 15

II. Nichtöffentlicher Teil

- | | | | |
|-----------|---|-----------------|-----------|
| 1. | Erstellung eines Integrationsberichtes | 019/2008 | 16 |
|-----------|---|-----------------|-----------|

Anlagen

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | Bericht des Herrn Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE |
| Anlage 2 | Frauenerwerbsquote im Kreis Warendorf |
| Anlage 3 | Organisationsstruktur zum Themenbereich Integration |
| Anlage 4 | Projektvorstellung Familie – Arbeit – Mittelstand im Münsterland |
| Anlage 5 | Landesimpfkampagne Masern NRW 2007/08 im Kreis Warendorf
– Erfahrungen und erste Ergebnisse |
| Anlage 6 | Kommunalisierung der Landesförderung in den Bereichen Sucht und
Aids – Konsequenzen für den Kreis Warendorf |

Anwesend:

Vorsitz	
Wartala, Franz-Jörg	
Ausschussmitglieder	
Birkhahn, Astrid	
Grabenmeier, Hildegunde	
Hohmann de Palma, Ingrid	
Holz, Günter	
Hörnemann, Josef	
Mors, Annette	
Schmidt, Ulrike	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Stöppel, Gregor	
Strohbücker, Josef	
Strübbe, Robert	
Wördemann, Christiane	
stellv. Ausschussmitglieder	
Krause, Winfried	Vertretung für Frau Dorothea Hein-Kötter
Northoff, Robert	Vertretung für Frau Hildegard Tünte-Poschmann
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Cord, Rita	
Fleissner-Busse, Gabriele Dr.	
Lebek, Anika	
Schabhüser, Helmut	
Schlieper, Monika	
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.	
Gäste	
Leiking, Monika	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH
Wapelhorst, Peter	ARGE SGB II im Kreis Warendorf

Es fehlten entschuldigt:

Vorsitz
Tünste-Poschmann, Hildegard
Ausschussmitglieder
Hein-Kötter, Dorothea

Herr Wartala eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 15.05.2008 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

I. Öffentlicher Teil

1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	016/2008
-----------	--	-----------------

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert den aktuellen Sachstand

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- zur Entwicklung der Hilfeempfänger und erwerbsfähigen Hilfeempfänger
- Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Zielvereinbarung 2007:
 - Reduzierung der passiven Leistungen Bund (ALG II/Sozialgeld) um 4 %
 - Reduzierung der passiven Leistungen der Kommune um 4 %
 - Erhöhung der Integrationsquote um 5,6 %
 - Erhöhung der Integrationsquote der unter 25-jährigen um 6,9 %
- zur Zielvereinbarung 2008:
 - Reduzierung der passiven Leistungen Bund (ALG II/Sozialgeld) um 8,5 %
 - Reduzierung der passiven Leistungen der Kommune um 1,5 %
 - Leistungen für Unterkunft – Prognose 2008
 - Leistungen für Unterkunft je hilfebedürftiger Person
 - Erhöhung der Integrationsquote um 7,6 %
 - Erhöhung der Integrationsquote der unter 25-jährigen um 5,3 %
 - Sicherung des Lebensunterhalts/ durchschnittliche Bearbeitungsdauer

anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1).

Des Weiteren informiert Herr Wapelhorst über den aktuellen Vergleich zu den ARGEN in NRW.

Herr Wartala dankt Herrn Wapelhorst für seine Ausführungen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE für die geleistete Arbeit

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich, in welche Branchen die Hilfeempfänger vermittelt werden und wie sich die Situation auf dem Niedriglohnsektor darstellt.

Herr Wapelhorst berichtet, dass Integrationen in alle Bereiche des Arbeitsmarktes erfolgen. Auch sei die Zeitarbeit für Hilfeempfänger eine gute Möglichkeit, wieder eine Tätigkeit aufzunehmen.

Hinsichtlich des Niedriglohnsektors teilt Herr Wapelhorst mit, dass dieser zumindest wieder ein Beginn sei, nicht vom ALG II abhängig zu sein, auch wenn zunächst noch ergänzende Hilfe erforderlich sei.

Auf Nachfrage von Frau Mors führt Herr Wapelhorst aus, dass die Quote der Frauenerwerbstätigkeit im Kreis Warendorf zu niedrig sei. Dem Protokoll werde eine Aufstellung über Entwicklung und Quote beigelegt (Anlage 2).

Über einen Projektzeitraum von 9 Monaten sei von 2 Fallmanagern die Situation für Alleinerziehende geprüft worden. Das Projekt laufe Ende Mai 2008 aus.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Unrechtmäßigkeit der Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur und kommunalen Trägern festgestellt wurde. Bis zum 31.12.2010 müsse nun eine gesetzliche Neuregelung erfolgen.

Wie diese aussehen werde, sei bisher noch nicht absehbar.

Ggfls. werde jedoch weiteren Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, die Option wahrzunehmen.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass derzeit nicht beabsichtigt sei, den bestehenden Vertrag mit der Agentur für Arbeit zu kündigen.

2. Integrationsplanung hier: Sachstandsbericht	029/2008
---	-----------------

Frau Lebek, derzeit zuständige Sozialplanerin für das Thema Integration (Stellung des KOMM IN-Antrages, Erstellung eines Planungskonzeptes, Vorbereitung der Auftaktveranstaltung, Kontakt zum Institut), weist rückblickend auf die gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 17.09.2007 auf Haus Nottbeck hin. Thematische Schwerpunkte seien hier Sprache, Schule, Arbeit, soziale Beratung und Begleitung gewesen.

Zudem habe Herrn Dr. Schmitz vom Ministerium über die Förderung aus dem Landesprogramm KOMM IN berichtet. Der Kreis Warendorf habe einen entsprechenden Antrag auf Förderung der Integrationsplanung gestellt.

Der Zuwendungsbescheid über 65.000 € liege inzwischen vor. Dies seien 80 % der entstehenden Kosten, führt Frau Lebek aus. Die übrigen 20 % würden vom Kreis getragen. Der Förderzeitraum reiche bis zum 31.01.2009 (1. Phase der Integrationsplanung). Anschließend bestehe die Möglichkeit, einen Folgeantrag für die 2. Phase in 2009 zu stellen.

Schwerpunkte der Integrationsplanung seien insbesondere Transparenz, Vernetzung, strategische Steuerung und Koordinierung. Am Ende des Prozesses stehe der Integrationsbericht. Bereits während der "Erstellung" des Berichtes sollen Projekte ins Leben gerufen werden, die von den Kommunen oder Trägern durchgeführt werden.

Frau Lebek betont, dass die Integration vor Ort geschehen müsse, der Kreis könne lediglich einen An Schub geben und Hilfestellungen leisten. Die Projekte könnten über diverse Fördertöpfe aus dem Bereich der Integration finanziert werden, z.B. Aktion Mensch, Landes- oder Bundesförderungen, Wettbewerbe etc.

Neben dem Kreis Warendorf hätten auch die Städte Ahlen, Oelde und Warendorf einen KOMM IN-Antrag eingereicht und Bewilligungen erhalten. Eine enge Zusammenarbeit mit diesen Städten sei erforderlich, um den Aufbau von Parallelstrukturen zu vermeiden.

Frau Lebek legt eine Übersicht zur Organisationsstruktur zum des geplanten Projektes vor (Anlage 3).

Der gesamte Prozess der Integrationsplanung werde 2 Jahre umfassen. Für die 1. Phase sei die Bestandsaufnahme (z.B. Erstellung eines Datenkonzeptes) und deren Auswertung bis zum 31.01.2009 geplant.

Die Beteiligung der Zielgruppe sei für die 2. Phase vorgesehen. Es solle nicht nur über die Zuwanderinnen und Zuwanderer gesprochen werden, sondern auch mit ihnen (z.B. Migrantenselbsthilfeorganisationen). Dazu solle ein breiter und sozialraumorientierter Beteiligungsprozess initiiert werden. Vor allem die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden sowie mit den Trägern von Angeboten sei eine wichtige Säule des Prozesses. Nur so könne ein Prozess angestoßen und umgesetzt werden, der von allen Akteuren getragen werden soll.

Zudem sei die Erstellung eines Logos und regelmäßige Herausgabe eines Newsletters geplant, zum Ende des Jahres 2008 werde ein Zwischenbericht erstellt.

Frau Lebek weist auf die Auftaktveranstaltung am 16.06.2008 im Kreishaus hin. Des Weiteren seien eine Integrationskonferenz mit der Gründung von 5 Planungsgruppen (Sprache, Bildung Schule; Arbeit; Gesundheit; soziale Beratung; Bürgerinnen/Bürger) und die Durchführung von Integrationsforen vorgesehen. Zudem würde die Entwicklung von Projekten initiiert.

Die Ergebnisse werden in dem zu erstellenden Integrationsbericht zusammengefasst. Ziel sei die Verbesserung der Situation der Zuwanderer.

Herr Steiner weist darauf hin, dass die Sprache und Sprachschulung im Integrationsprozess einen größeren Raum einnehmen müssten.

Frau Lebek erklärt, dass die meisten Eltern sehr darauf bedacht seien, dass ihre Kinder für ihr späteres Leben eine gute Bildung erhalten. Eltern seien über dieses Thema sehr gut zu erreichen, das Thema Sprache werde daher ein sehr wichtiger Bestandteil des Integrationsprozesses sein.

Herr Hörnemann berichtet, dass die Stadt Warendorf ebenfalls aus dem Landesprogramm KOMM IN gefördert werde. Die Auftaktveranstaltung sei bereits durchgeführt und 5 Arbeitsgruppen gebildet worden. Hier sei eine große Bereitschaft zur Beteiligung festzustellen gewesen.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises sei durch Herrn Rüting und Frau Lebek beteiligt.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass Bewerbungsgespräche für die neu geschaffene Stelle des Interaktionsplaners am 11.06.2008 stattfinden, 7 Bewerberinnen und Bewerber seien in der engeren Wahl.

3. Übernahme von Aufgaben der Versorgungsverwaltung aus dem Bereich Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX	018/2008
---	-----------------

Herr Dr. Börger berichtet, dass Ausgangspunkt für die Übernahme von Aufgaben der Versorgungsverwaltung aus dem Bereich Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX die im Koalitionsvertrag im Juni 2005 vereinbarte Verwaltungsstrukturreform des Landes NRW gewesen sei.

Zum 01.01.08 wurden die 11 staatlichen Versorgungsämter aufgelöst und die Aufgaben auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen. Für den Kreis Warendorf seien dieses u.a. die Bereiche "Schwerbehindertenrecht" und "Elterngeld" gewesen. Das für die Aufgabenerledigung notwendige Personal wurde vom Land übergeleitet.

Der Kreis Warendorf habe frühzeitig begonnen, die Einbindung der neuen Aufgaben durch Kontaktaufnahme und Gespräche mit dem bisher zuständigen Versorgungsamt Münster vorzubereiten. Hierbei galt es insbesondere, Fragen aus den Bereichen Personal, Organisation, Informationstechnik und Gebäudewirtschaft zu klären. In diesem Zusammenhang wurden beispielsweise der Auszug der ARGE aus dem Kreishaus, aber auch weitergehende Umzüge erforderlich. Ziel war es, die neuen Aufgabenbereiche zusammenhängend innerhalb des Kreishauses zu platzieren.

Für die Aufgabe der Schwerbehindertenangelegenheiten habe der Kreis Warendorf 10,5 Stellen mit insgesamt 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugewiesen bekommen, führt Herr Dr. Börger aus. Die Aufgabenerledigung wurde dem Sozialamt zugeordnet. Für die zum Kreis Warendorf versetzten Beamten erstatte das Land die Personalkosten, die Beschäftigten werden im Wege der Personalgestellung zur Verfügung gestellt.

Für die neuen Aufgaben des Gesundheitsamtes sei noch kein Arzt gefunden worden. Die erforderlichen ärztlichen Untersuchungen zur Feststellung einer Schwerbehinderung obliegen Vertragsärzten; hierzu habe der Kreis Warendorf mit 19 Ärzten entsprechende Honorarverträge abgeschlossen.

Bedingt durch den Umzug sei es zu Anlaufschwierigkeiten und Arbeitsrückständen gekommen. Diese resultierten auch aus gleichzeitigen längerfristigen personellen Ausfällen. Durch freiwillige Mehrarbeit würden diese Rückstände sukzessive abgebaut.

Monatlich würden ca. 1.000 Anträge gestellt, teilt Herr Dr. Börger mit, davon ca. 250 Erstanträge, 350 Änderungsanträge und 400 Verlängerungsanträge. Hinzu kämen etwa 180 Widersprüche.

Derzeit seien ca. 50.000 Menschen im Kreis Warendorf behindert.

Herr Dr. Börger bezeichnet die Übernahme der Aufgaben trotz aller Probleme als gelungen. Sinnvoll sei auch die ortsnahe Bearbeitung der Anträge, die für die Bürgerinnen und Bürger von Vorteil sei.

Dieser Erfolg sei nur dank der engagierten und hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich.

Frau Schlieper erläutert, dass bei den 50.000 Behinderten im Kreis Warendorf alle Personen erfasst sind, bei denen ein Grad der Behinderung ab 20 % festgestellt wurde. Bei 20 % gebe es allerdings noch keinerlei Vergünstigungen. Bei einem Grad der Behinderung von 30 und 40 % werde eine Person bei der Agentur für Arbeit auf Antrag mit Schwerbehinderten gleichgestellt.

Bei ca. der Hälfte aller Behinderten betrage der Grad der Behinderung 50 % und mehr.

Sie bestätigt, dass seit dem Umzug ins Kreishaus Warendorf deutlich mehr Bürger persönlich vorsprechen als früher beim Versorgungsamt.

4. Projekt Familie - Arbeit - Mittelstand im Münsterland (FAMM) 037/2008

Herr Dr. Börger erläutert das Zustandekommen und den Stand des Projektes "Familie, Arbeit, Mittelstand im Münsterland" (FAMM) (sh. Vorlage).

Frau Leiking, Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf (gfw), teilt mit, dass der Bewilligungsbescheid über den Zuschuss aus dem Europäischen Sozialfond am 29.05.2008 erwartet werde.

Sie erläutert die Ausgangslage, die Projektziele und Projektorganisation sowie den Finanzierungsplan anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 4).

Frau Leiking führt aus, dass die erste Hürde der Zugang zu Unternehmen sei. Bei der Gewerbeschau in Ostbevern habe sie feststellen können, dass das Bewusstsein für das Problem der familienfreundlichen Personalpolitik noch fehle. Aus diesem Grunde werde sie auf die Unternehmen zugehen müssen.

Frau Mors weist darauf hin, dass es im Kreis Warendorf seit Jahren die Regionalstelle Frau und Beruf gegeben habe, der ab 2008 von der Landesregierung die finanziellen Mittel entzogen wurden. Dadurch sei eine vorhandene Struktur zerstört worden. In diesem Zusammenhang kritisiert sie, dass der Kreis jetzt Mittel für das Projekt "Familie, Arbeit, Mittelstand im Münsterland" bereitstelle, mit denen vor Jahren mehr hätte geleistet werden können.

Frau Birkhahn betont, dass das Thema Familie und Beruf jetzt sehr viel breiter aufgestellt werde. Durch das Projekt entstünde eine größere Wirksamkeit für Familien. Der Ansatz sei ein anderer als bei der Regionalstelle Frau und Beruf.

Herr Dr. Börger verweist auf den einstimmigen Beschluss des Kreistages, dass die Aufgabe von der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung durchgeführt werden solle. Familienfreundlichkeit sei notwendig, dieses müsse von den Unternehmen erkannt werden. Eine betriebsnahe Beratung sei daher erforderlich.

Frau Leiking teilt mit, dass im wissenschaftlichen Beirat des Projektes mit der Universität Münster zusammengearbeitet werde, da diese über große fachliche Kompetenz verfüge.

Zudem finde auch eine fachliche Kooperation mit Frau Bürk-Ophale und Frau Paschert-Engelke vom Verein zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit im Kreis Warendorf e.V. (VFFE) statt.

Frau Leiking betont, dass ein Unterschied zwischen der Regionalstelle Frau und Beruf und dem Projekt der gfw dahingehend bestünde, dass beim Projekt der gfw nicht Frauen die Zielgruppe seien. Es handele sich vielmehr um eine Servicestelle für Unternehmen und damit nicht um eine Konkurrenz für die VFFE, sondern eher um eine ergänzende Zusammenarbeit.

Herr Holz betont, dass hinsichtlich der Berufswahl von Mädchen dahingehend Einfluss genommen werden solle, dass diese auch an die naturwissenschaftlichen und technischen Berufe herangeführt werden sollen.

Auf die Frage von Herrn Strohbücker, ob Unternehmen aus Handwerk oder Industrie angesprochen werden sollen, teilt Frau Leiking mit, dass dieses noch nicht feststehe. Es solle aber breit gestreut werden. Die Chance der Teilnahme am Projekt bestehe jedoch eher bei größeren Unternehmen.

Zur Finanzierung erklärt Herr Dr. Börger, dass der Kreis Warendorf die Personalkosten und Sachmittel für Frau Leiking finanziere. Diese würden über dem jährlichen Beitrag in Höhe von 25.000 €, der von den Kreisen Borken, Coesfeld und Steinfurt gezahlt würde, liegen.

Herr Dr. Börger weist abschließend darauf hin, dass es sich bei dem Projekt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf um eine dauerhafte Aufgabe handeln werde, die nicht nach der zunächst vorgesehenen Befristung von 3 Jahre beendet werde.

Herr Wartala dankt Frau Leiking für ihre Ausführungen.

5.	Landesimpfkampagne Masern 2007/2008: Erfahrungen und Ergebnisse in den Schulen im Kreis Warendorf	022/2008
-----------	--	-----------------

Frau Dr. Fleissner-Busse berichtet anhand der als Anlage 5 beigefügten Präsentation über Erfahrungen und erste Ergebnisse der Landesimpfkampagne Masern NRW 2007/08 im Kreis Warendorf.

Sie berichtet über

- die Gefahren von Masern
- die Rahmenvorgaben der Landesimpfkampagne
- Impfdaten aus den jährlichen Schulanfängeruntersuchungen
- die 2 Phasen der Impfkampagne.

Frau Dr. Fleissner-Busse führt auf Nachfrage aus, dass die einzige weiterführende Schule, die trotz Anfrage nicht an der Impfkampagne teilgenommen hat, die Waldorfschule Everswinkel gewesen sei. Diese habe ihre Nichtteilnahme mit einer eigenen Umgehensweise mit Impfungen begründet. Nach wiederholten Anfragen würde jetzt ein Gespräch zwischen Schulleitung und Gesundheitsamt stattfinden.

Abschließend teilt Frau Dr. Fleissner-Busse mit, dass Ausländer beim Impfschutz eine höhere Quote hätten als Deutsche, obwohl die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder von ihnen deutlich weniger wahrgenommen würden.

Herr Wartala dankt Frau Dr. Fleissner-Busse für ihren Bericht.

6.	Förderung der Sucht- und Drogenberatung und der AIDS-Hilfe durch das Land NRW	036/2008
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläutert die Konsequenzen der Kommunalisierung der Landesförderung in den Bereichen Sucht und AIDS für den Kreis Warendorf anhand einer Präsentation (Anlage 6).

Herr Dr. Börger teilt mit, dass eine Kündigung der Verträge mit Drobs und Quadro zum 31.12.2008 nicht beabsichtigt sei. Er betont, dass der Kreis Warendorf nicht Ausfallbürge für das Land Nordrhein-Westfalen sein könne.

7.	Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten
-----------	--

017/2008

Frau Cord erläutert die erforderliche Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten (sh. Begründung in der Vorlage). Diese betreffe die Pauschale zur Beweiserhebung in Schwerbehindertenangelegenheiten im Haushaltsjahr 2008. Die Form der Abrechnung sei erst Mitte Dezember 2007 durch das Land NRW bekanntgegeben worden, und konnte daher im Haushaltsplan 2008 nicht mehr berücksichtigt werden.

Herr Dr. Börger ergänzt, dass die Honorare für die Außengutachter mit der Pauschale des Landes abgegolten seien. Diese sei ausreichend.

Herr Dr. Schulze Kalthoff weist darauf hin, dass daneben ein erheblicher Teil der Mittel für die Befundeinholung verwendet werde, deren Kosten von den Ärzten in Rechnung gestellt würden.

Herr Wartala schließt die Sitzung um 11.55 Uhr.

Franz-Jörg Wartala
stellv. Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer